

Stellungnahme der SPD-Ratsfraktion

Zum Entwurf des 3. Nahverkehrsplans für die Landeshauptstadt Düsseldorf

Sehr geehrter Herr Beigeordneter Leonhardt,

zum Entwurf des 3. Nahverkehrsplans (NVP) für die Landeshauptstadt Düsseldorf nimmt die SPD-Ratsfraktion wie folgt Stellung:

Der vorliegende Entwurf bietet eine gute Beratungsgrundlage für die politische Entscheidungsfindung. Um eine nachhaltige Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu erreichen, müssen jedoch die nachfolgenden Forderungen in den NVP aufgenommen werden:

1. Forcierung des Ausbaus barrierefreier Haltestellen

Die heute in großer Mehrzahl an die Bedürfnisse der Menschen nicht angepassten Haltestellen verhindern eine weitgehend selbstbestimmte Teilhabe mobilitätseingeschränkter Menschen am gesellschaftlichen Leben, führen zu Verzögerungen beim Fahrgastwechsel und damit zu Unpünktlichkeit und Unzufriedenheit aller ÖPNV-Nutzer. Damit gefährden unterlassene Investitionen in den Ausbau und die Anpassung der Haltestelleninfrastruktur den wirtschaftlichen Erfolg des stadteigenen Verkehrsunternehmens.

Die SPD-Ratsfraktion hatte u. a. deshalb am 06. November 2008 einen Antrag in den Rat eingebracht, der auf die besonderen Anforderungen mobilitätsbehinderter Menschen aufmerksam machen sollte (Vorlagen-Nummer: 01/281/2008).

Ein linienbezogener Haltestellenaus und -umbau wird bei dem bisherigen Baufortschritt Jahrzehnte in Anspruch nehmen, bis alle Haltestellen im Stadtgebiet an die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger angepasst sind.

Neben einem linienbezogenen Haltestellenaus und -umbau sollten insbesondere stark frequentierte ÖPNV-Verknüpfungspunkte und Endhaltestellen mit wichtigen Umsteigebeziehungen (z. B. Vennhauser Allee, Rath etc.) kurzfristig barrierefrei gestaltet werden. Parallel dazu sollten alle ÖPNV-Haltestellen in den Stadtteilzentren zu barrierefreien Haltestellen umgebaut werden, damit diese z. B. wegen der im Zuge der Wehrhahnlinie bereits heute barrierefrei gestalteten Haltestellen wirtschaftlich nicht benachteiligt werden.

Der demographische Wandel erzwingt eine Anpassung des öffentlichen Raumes an die Mobilitätsbedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger. Eine uneingeschränkte Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel trägt dabei wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg Düsseldorfs bei, um sich damit von weniger entwickelten Standorten abzuheben.

Das Investitionsprogramm der Rheinbahn AG sieht kurz- bis mittelfristig die Beschaffung neuer Niederflurstraßenbahnen vor, so dass hier ein weiteres Argument für eine zeitnahe Anpassung der Haltestellen an die modernen Straßenbahnfahrzeuge besteht.

Die SPD-Ratsfraktion fordert daher, die Finanzmittel für den Haltestellenausbau und -umbau um 600.000 € pro Jahr aufzustocken.

2. Der ÖPNV muss in seiner Bedienung zuverlässiger und störungsfreier werden

Der ÖPNV trägt mit dazu bei, dass der Verkehr in Düsseldorf nicht zusammenbricht. Die Attraktivität des ÖPNV hängt im Wesentlichen von seiner Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit ab. Die negative Presseberichterstattung der letzten Monate sowie eindeutige Hinweise der Geschäftsführung der Rheinbahn AG im Hinblick auf Pünktlichkeit und Fahrplantreue sind aktuelle Belege dafür, dass das ÖPNV-System in Düsseldorf erhebliche Defizite hat, die beseitigt werden müssen.

Neben barrierefreien Zugangsmöglichkeiten für die Fahrgäste müssen Stadtverwaltung und Rheinbahn AG kurzfristig ihre technischen Steuerungssysteme synchronisieren, um die vorhandenen Potentiale intelligenter Lichtsignalanlagen (Ampeln) etc. voll auszuschöpfen. Die bereits umgerüsteten Ampelanlagen im Stadtgebiet sind laut Aussage der Verwaltung für eine optimierte Verkehrsabwicklung geeignet. Bisher kommen die Vorteile aber fast ausschließlich dem motorisierten Individualverkehr (MIV) zu gute. Ein im Betriebsablauf störungsfreier ÖPNV ist auch der Verkehrssicherheit zuträglich.

Die SPD-Ratsfraktion fordert daher, das technische Potential moderner Verkehrsleittechnik zur Förderung des ÖPNV voll auszuschöpfen. Dies gilt gleichermaßen für den Stadtbahn-, Straßenbahn- und Busverkehr.

3. Das ÖPNV-Netz muss forciert weiterentwickelt und das Bedienungsangebot ausgeweitet werden

Eine prosperierende Stadt wie Düsseldorf wird ihre Vorzüge dauerhaft nur mit Hilfe eines leistungsstarken ÖPNV halten und sichern können.

Die SPD fordert daher,

- **eine Schienenerschließung der Uni-West**
- **die U81 Stadtbahn mit Rheinquerung und Anbindung der Messe und des Flughafens**
- **die Ausweitung des Nachtverkehrsangebotes auf alle Wochentage**
- **Der neue Fachhochschul-Standort in Derendorf muss einen Direktzugang zur S-Bahn-Station Derendorf erhalten**
- **Ausbau von B&R-Anlagen an allen S-Bahn-Stationen sowie an geeigneten Stadtbahn-, Straßenbahn- und Bushaltestellen**

4. Der regionale ÖPNV muss verbessert und stärker beworben werden

Um die Attraktivität Düsseldorfs für Pendler und Besucher zu erhalten, ist eine Verbesserung des regionalen ÖPNV-Angebotes erforderlich.

Die SPD fordert die Vertreter der Stadt in den Gremien des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr Anstalt öffentlichen Rechts (VRR) auf, sich für eine qualitative Verbesserung des S-Bahnangebotes einzusetzen. Barrierefreie Zugänge, Sauberkeit, Pünktlichkeit und eine Ausweitung des Beförderungs- und Bedienungsangebotes sind vorrangige Aufgaben.

Der regionale ÖPNV bedarf auch einer konzertierten Werbestrategie der Rheinbahn in Zusammenarbeit mit der Stadt Düsseldorf und den Nachbargemeinden. Insbesondere mangelt es an einer objektiven Darstellung vorhandener Qualitäten sowie möglichen Verbesserungspotentialen. Weil der ÖPNV in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird und muss, müssen Rheinbahn AG und Stadtverwaltung diesen Verkehrsträger viel stärker als bisher ins öffentliche Bewusstsein rücken.

Die SPD-Ratsfraktion fordert Stadt und Rheinbahn AG auf, eine konzertiert Werbestrategie für den regionalen ÖPNV durchzuführen.

5. ÖPNV-Kunden an wirtschaftlichen Erfolgen der Rheinbahn partizipieren lassen

Geschäftsleitung und Mitarbeiter der Rheinbahn AG haben in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, den Zuschussbedarf von weit über 100 Mio. € mehr als zu halbieren. Von diesen Kostenreduzierungen profitiert nicht nur der Kämmerer der Stadt.

Die SPD fordert, dass die jährlich von der Rheinbahn AG erwirtschafteten Gewinne zu min. 50% bei der Rheinbahn verbleiben sollen.

Diese Mittel sollten direkt in die Ausweitung des Bedienungsangebotes und die Verbesserung der Rheinbahn-Infrastruktur (z. B. Leittechnik) fließen. Der Verbleib erwirtschafteter Gewinne im Unternehmen Rheinbahn würde die Mitarbeiter stärker motivieren als Appelle an die Bereitschaft weiterer Lohnkürzungen wegen wirtschaftlicher Zwänge. Motivation schafft Innovationen im eigenen Unternehmen, die wiederum Synergieeffekte freisetzen werden. Zugleich würden auch die ÖPNV-Kunden einen direkten Nutzen daraus ziehen.

6. Umsetzung besser organisieren

Die drei Nahverkehrspläne für die Landeshauptstadt kommen in ihren Analysen und Zielsetzungen den Anforderungen an eine gute ÖPNV-Planung recht nahe. Deutliche Defizite zeigen sich aber in der Umsetzung. Die zeitlichen Verzögerungen sind augenscheinlich Ausdruck unprofessioneller Planungskultur innerhalb der Verwaltung, weil Verantwortlichkeiten, Finanzausstattung und Personalplanung nicht eindeutig zugeordnet sind. Beispielhaft seien hier nur die deutlichen Verzögerungen in der Umsetzung der Verlängerung der Straßenbahnlinie 701 und U 79 sowie dem barrierefreien Ausbau der Haltestellen auf den Buslinien 835 und 836 genannt. Der beste Plan nutzt nichts, wenn er nur schleppend und holpernd umgesetzt wird.

Die SPD-Ratsfraktion fordert den Oberbürgermeister auf, eine Optimierung der vorhandenen Organisationsstruktur herbeizuführen.

7. Fazit

Dem 3. NVP-Entwurf fehlt es am erklärten Willen kurz bis mittelfristig deutliche Verbesserungen im Bereich des ÖPNV herbei führen zu wollen, obwohl neben den o. g. demographischen Entwicklungen auch die absehbaren Folgen des Klimawandels zwingend eine Abkehr von der bisherigen Autovorrangpolitik erfordern. Ein weiteres Hinauszögern notwendiger Investitionen in den ÖPNV geht an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vorbei.



Nach derzeitigem Stand der Diskussion wird die SPD dem 3. NVP nur zustimmen können, wenn die hier gestellten Forderungen zur nachhaltigen Stärkung des ÖPNV in Stadt und Region in den NVP aufgenommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Volkenrath

Matthias Herz

Für die Richtigkeit

Wilfried Brandt